Die Ruhe vor dem Sturm

Autor(en): **Marti, Kurt**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): **- (2002)**

Heft 4: **Wasserzinse unter Druck**

PDF erstellt am: **08.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-586971

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

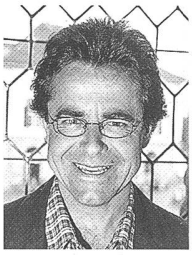
Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Angriff auf die Wasserzinse

Die Ruhe vor dem Sturm

Die Strom- und Atomlobby, der Wirtschaftsverband economiesuisse und jetzt auch das Bundesamt für Wasser und Geologie wollen die Wasserzinse reduzieren. Zudem läuft an der ETH eine Studie zur Flexibilisierung der Wasserzinse. Doch die Gebirgskantone machen gute Mine zum bösen Spiel und vertreten die Ansicht, der Druck auf die Wasserzinse sei kleiner geworden.



Von Kurt Marti, E&U-Redaktor

Mitte November mokierte sich der Walliser FDP-Bundesrat Pascal Couchepin in Visp über die Auswirkungen der Wasserzinse. Er kenne im Wallis Gemeinden, die hochverschuldet seien, obwohl sie hohe Wasserzinse erhielten. Andererseits seien ihm Gemeinden bekannt, die ihre Finanzen im Griff hätten, obwohl oder offenbar weil sie keine Wasserzinse erhielten. Es war nicht das erste Mal, dass Couchepin die WalliserInnen mit seinen Attacken auf die Wasserzinse verärgerte.

Vor fünf Jahren wurden die Wasserzinse an die Alpenkantone auf rund 400 Millionen Franken im Jahr erhöht. Diese Erhöhung kam nur mit Hilfe der Linken und Grünen zustande. Im Gegenzug versprachen die Alpenkantone, die Alpenkonvention zu unterstützen. Die Wasserzinse machen einen wesentlichen Teil der Steuereinnahmen aus: Im Kanton Uri sind es 23,2 % der Kantons- und 7,5 % der Gemeindeeinnahmen, im Wallis 16,3 % der Kantons- und 9,5 % der Gemeindeeinnahmen und im Graubünden 13,1 % der Kantons- und 16,3 % der Gemeindeeinnahmen (siehe Grafik).

Couchepin ist mit seinen lockeren Sprüchen gegen die Wasserzinse nicht allein. Hinter den Kulissen formiert sich der Sturm auf die Wasserzinse aus allen Richtungen.

Bundesamt für Wasser und Geologie: Wasserträger!

«Zur Situation der Wasserkraftnutzung» heisst ein achtseitiges Strategiepapier aus dem Bundesamt für Wasser und Geologie (BWG), datiert vom 1. Juli 2002. Doch der sachliche Titel täuscht über die wahre Stossrichtung des Papiers hinweg. Zunächst wird ein Druck auf die Wasserzinse konstatiert, mit dem ersten Seitenhieb auf den Kanton Graubünden, der pro Jahr allein 90 Millionen Franken von den Kraftwerkunternehmen bekomme. Die Wasserzinse haben laut BWG-Papier ein «Ausmass erreicht, das die Bereitschaft für grosse und langfristige Investitionen spürbar verschlechtert.»

Und schlussendlich kommt die unmissverständliche Forderung nach einer Senkung der Wasserzinse: «Die finanzielle Belastung der Wasserkraft (z. B. Wasserzinse) hat auf das energiepolitisch geänderte Umfeld Rücksicht zu nehmen.» Damit nicht genug! An die Adresse der Gemeinden und Kantone der Alpenregion geht die Aufforderung «bei Neukonzessionierungen verkraftbare Bedingungen anzubieten. Von Auflagen und Bedingungen wie in der Vergangenheit ist in Zukunft Abstand zu nehmen.» Das BWG-Papier gibt ohne Umschweife die Position der Atom- und Stromlobby wieder, unter anderem die Forderungen einer neusten Studie der Stromproduzenten (siehe unten).

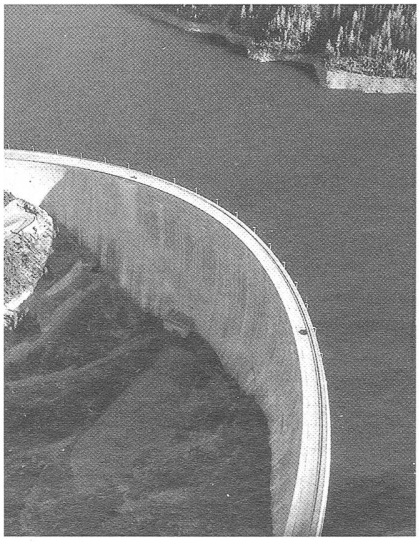
In Glarus, Chur und Sitten hat man keine Ahnung vom BWG-Papier und reagiert mit Erstaunen. Pankraz Freitag, Energiedirektor des Kantons Glarus und gleichzeitig Präsident der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK), erklärt: «Falls diese Forderung aktuell würde, dann müssten wir uns sicher wehren.» Werner Böhi, Chef des Amtes für Energie des Kantons Graubünden, nimmt das BWG gar in Schutz: «Auch das Bundesamt für Wasser und Geologie dürfte die Wasserzinse und den aktuellen Ansatz kaum in Frage stellen, sonst müssten die betroffenen Kantone intervenieren.»

Pikantes Detail: Laut Insiderinformationen stammt das Wasserkraftpapier aus der Feder der Eidgenössischen Wasserwirtschaftskommission, deren Präsident niemand anders ist als der frühere Chef von Werner Böhi, Alt Regierungsrat Luzi Bärtsch. Mittlerweile ist Bärtsch Präsident des Bündner Stromunternehmens Rätia Energie, welches Ökostrom an Umweltbewusste verkauft und laut Geschäftsbericht die Atomstromproduktion sofort abstossen möchte (siehe Seite 11).

ETH-Studie: Gute Mine zum bösen Spiel

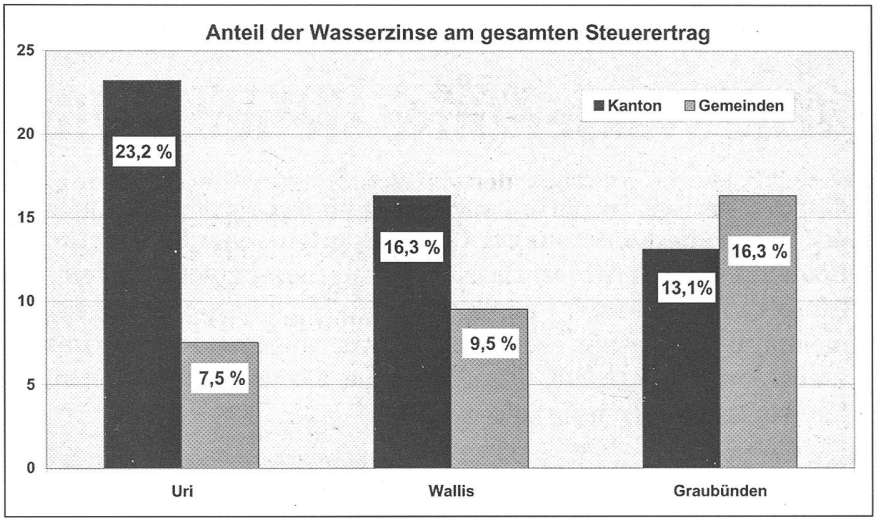
Das Bundesamt für Energie (BFE) und das Bundesamt für Wasser und Geologie (BWG) haben dem CEPE (Centre for Energy Policy und Economics) an der ETH Zürich den Auftrag erteilt, die «Ausgestaltung der Wasserzinse zu überdenken.» Die Begründung: «Mit der Deregulierung des Strommarktes wird sich der Wettbewerbsdruck auf die Wasserkraftwerke verschärfen. Dies wird auch Folgen für die öffentliche Hand haben, welche nicht nur an den Einnahmen interessiert ist, sondern auch an einer langfristig wettbewerbsfähigen Wasserwirtschaft.» Das CEPE stellt sich die Frage, «ob die heutige Regelung noch Bestand haben kann» und untersucht nun eine Flexibilisierung der Wasserzinse.

Damit kommen das BFE, das BWG und das CEPE einer Forderung aus der Stromwirtschaft entgegen. Denn die-

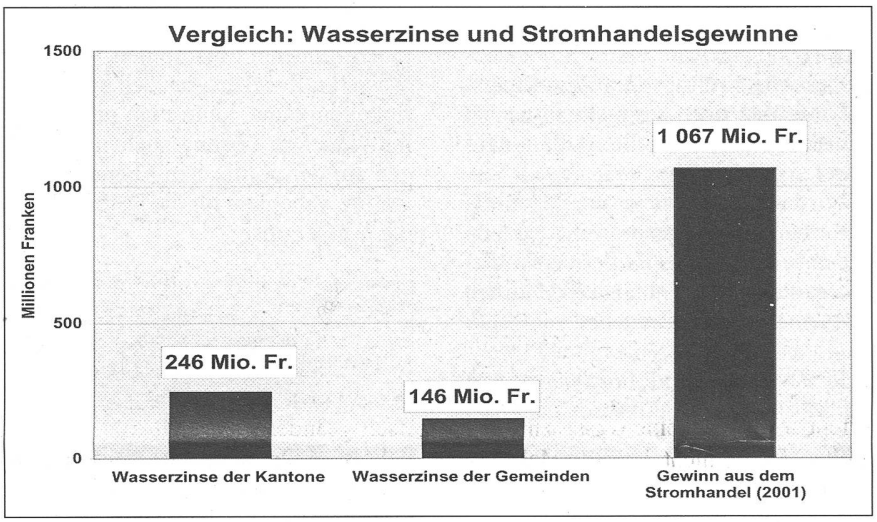


Das Bundesamt für Wasser und Geologie (BWG) will die Wasserzinse kürzen. Die Gebirgskantone wollen sich wehren.

selben Forderungen stellte Jörg Aeberhard, Leiter Hydraulische Produktion der Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel), in einem NZZ-Artikel auf. Aeberhard ist als Vertreter der Interessengemeinschaft Wasserkraft in der studienbegleitenden Arbeitsgruppe vertreten. Auch die Gebirgskantone wurden angefragt, einen Vertreter in die Arbeitsgruppe zu schicken. Wie Insider berichten, reagierten die Gebirgskantone verärgert über die Studie. Nur widerwillig nahmen sie Einsitz in die Arbeitsgruppe und mimen nun gute Mine zum bösen Spiel.



Quelle: BHP / Grafik: Kurt Marti



Quelle: BHP + BFE / Grafik: Kurt Marti

Stromlobby: Studie unter Verschluss

Im August 2002 erschien in der NZZ ein Artikel von Thomas Schellenberg, Mitarbeiter der Beratungsfirma A. T. Kearney AG. Der Artikel basierte auf einer gross angelegten Studie im Auftrag der Stromproduzenten, das heisst der Strom- und Atomlobby. Verglichen wurden die Gestehungskosten für Strom aus den 58 Speicherkraftwerken in der Schweiz und in Frankreich. Die Studie kam erstens zum Schluss, dass die Wasserkraftwerke in der Schweiz effizienter betrieben werden als in Frankreich. Doch zweitens werden laut Studie diese Vorteile durch die Wasserzinse wieder zunichte gemacht. Die Abgaben (Wasserzinse, Abgaben, Konzessionen) seien in der Schweiz «rund fünfmal so hoch wie im Ausland.» Die Wasserzinse in der Höhe von 400 Millionen Franken seien zwar aus wirtschaftspolitischer Sicht nachvollziehbar, würden aber die Stromproduktion «nicht unwesentlich» verteuern. «Die Schweizer Wasserkraft wird dann wettbewerbsfähig bleiben, wenn es gelingt, die Kostenvorteile der effizient betriebenen Anlagen nicht durch hohe Abgaben wieder zunichte zu machen.» Im Klartext: Die Wasserzinse müssen weg!

Die Studie wärmt bloss die alten Forderungen der Strom- und Atomlobby auf. Die Studie selbst wird hartnäckig unter Verschluss gehalten, wie Schellenberg auf Anfrage erklärte. Auch Moritz Steiner, Chef der Dienststelle für Energie des Kantons Wallis, bekam einen Korb: «Das Beratungsbüro Kearney erklärte mir auf Anfrage, die Studie werde nicht ausgeliefert.» Wer die Studie mit dem Wasserkraft-Papier des Bundesamtes für Wasser und Geologie liest, findet erstaunliche Parallelen, zum Beispiel den Hinweis auf die viel tieferen Wasserzinse in den anderen Ländern. Offenbar funktioniert das BWG als verlängerter Arm der Stromlobby gegen die Gebirgskantone.

Economiesuisse: Angriff auf Energieprotokoll

Der Wirtschaftsverband economiesuisse hat sich immer gegen die Wasserzinse ausgesprochen. Der neuste indirekte Angriff führt über die Bekämpfung der Protokolle der Alpenkonvention. Vor allem das Energieprotokoll ist dem Interessenverband der Grossindustrie ein Dorn im Auge. Darin werden nämlich faire Abgeltungen für die Ressource Wasserkraft, verursachergerechte Energieabgaben auf nicht-erneuerbare Energien, die Förderung der Energieeffizienz und der dezentralen Wärmekraft-Kopplung gefordert. Deckungsgleich mit den Forderungen der economiesuisse sind die Forderungen des Energieforums der Schweiz, welches von Vreny Spoerry präsidiert wird und in dessen Vorstand wider aller Berggebietslogik eine stattliche Zahl von Vertretern der Gebirgskantone sitzen (siehe E&U Nummer März 2002). Das Energieforum spricht sich klar gegen die Wasserzinse und gegen die Priorisierung der Wasserkraft aus. Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass im Vorstand des Energieforums auch der Glarner Regierungsrat Pankraz Freitag sitzt, der gleichzeitig als Präsident der Regierungskonferenz der Gebirgskantone amtet (siehe Interview, S. 10).

Gebirgskantone: «Druck hat abgenommen ...»

Trotz dieser Angriffe auf die Wasserzinse gibt man sich in den Gebirgskantonen gelassen. RKGK-Präsident Freitag: «Aktuell hat sich der Druck ein bisschen entschärft. Das hängt mit den steigenden Strompreisen zusammen. Sicher hat auch die Ablehnung des EMG dazu beigetragen.» Auch Werner Böhi und sein Walliser Kollege, Moritz Steiner, Chef der Dienststelle für Energie, sind einhellig der Meinung: «Der Druck auf die Wasserzinse nimmt eher ab.» ❐